

Deutschland auf dem Weg zur Diktatur?

Eine Analyse von Claudia Rang Bonn, den 21. April 2017:

Liebe Jaqueline,

vielleicht erinnerst Du Dich noch an den Tag vor 40 Jahren, als unsere Direktorin im Griechischunterricht zu uns sagte: „Ich möchte Ihnen heute gerne eine fast in Vergessenheit geratene Fabel vorlesen. Sie wird jetzt bedeutungslos sein, ich bin aber sicher, dass, wenn sich die politischen Umstände ändern, was ich nicht hoffe, Sie an eben diese denken werden. Ja, wie Recht hat sie gehabt! Es handelt sich um die Fabel "Die Wasserschlange" von Aesop:

„Die Frösche verlangten nach einem König. Betrübt über die bei ihnen herrschende Anarchie, schickten die Frösche Abgesandte zu Zeus und baten, ihnen einen König zu geben. Der Gott, der ihre Beschränktheit erkannte, warf ein Holz in den See hinab. Zuerst erschrocken über den Wellenschlag, tauchten die Frösche in die Tiefe des Sees unter, später aber als das Holz sich nicht mehr bewegte, tauchten sie wieder auf und bezeugten ihm eine derartige Missachtung, dass sie auf das Holz stiegen und sich darauf niederließen. Entrüstet darüber, dass sie einen König haben sollten, begaben sie sich ein zweites Mal zu Zeus und ersuchten ihn, ihren Herrscher auszutauschen; denn der Erste sei doch gar zu träge. Darüber verärgert schickte ihnen Zeus eine Seeschlange, die sie fing und verspeiste.“

Du siehst, auch hier gibt es wie im richtigen Leben mehr als eine Perspektive!

Seit Februar dieses Jahres engagiere ich mich für den Erhalt der Demokratie. Anlass waren neben den aktuellen politischen Veränderungen verschiedene Puzzleteile, die zusammengesetzt ein Bild ergeben, das mich wirklich Gruseln lässt. Ich sehe tatsächlich unsere Demokratie in Gefahr.

Zum Verständnis muss ich etwas ausholen:

Ich bin bei der **Bundeswehr** nun seit über einem Jahr in einem überwiegend militärisch geprägten Bereich beschäftigt. Wie Du vielleicht weißt, sind seit der Neuausrichtung der Bundeswehr 2011 in der zivilen Verwaltung gemischte Strukturen – durch Besetzung von sowohl zivilen als auch militärischen Personals – zugelassen. Und dies, obwohl der Artikel 87 b des Grundgesetzes ausdrücklich eine zivile Verwaltung zur Unterstützung der Streitkräfte hinsichtlich ihrer Bedarfsdeckung vorsieht. Während ich vorher mit dem Militär im Außenverhältnis zu tun hatte, lerne ich nun das dem militärischen Handeln zugrundeliegende auftragsbezogene Denken kennen. Dies mag für militärische Missionen zweckdienlich sein, jedoch nicht so sehr für den zivilen Bereich. Die militärische Kultur greift auf die zivile Verwaltung über und die schleichende Übernahme der zivilen Verwaltung durch das Militär scheint wohl nicht mehr aufzuhalten zu sein.

Zudem scheint sich auch bei vielen „Zivilen“ das Gefühl breit zu machen, nur ein Teil des Systems und „denen da oben“ hilflos ausgeliefert zu sein. Ja, dies wird sogar offen in Besprechungen von Personen in hohen Positionen geäußert, die insofern eben die gleiche Meinung vertreten wie die Leute aus der Kneipe nebenan. Dabei gibt es die Möglichkeit, zum Beispiel innerhalb einer Organisation zu wirken. Sich aber nur auf die eigene Zuständigkeit im Sinne einer Kultur des Wegschauens zurückzuziehen, sehe ich als potentiell demokratiegefährdend an.

Gelangten die Falschen, also jene, die sich nicht an unser Recht gebunden fühlen, an die Macht, so befürchte ich nunmehr, könnte **eine** Weisung genügen, um die Exekutive zu kontrollieren. Es erscheint mir in der heutigen Zeit durchaus legitim, die Resilienz einer Verwaltung gerade für den eben konstruierten Fall zu untersuchen und durch entsprechende Maßnahmen zu stärken. Und zwar, indem Antworten auf berechnete Fragen zur Auslegung der Begriffe Loyalität, Verschwiegenheit oder Zuständigkeit – allerdings bezogen auf den täglichen Dienstbetrieb zum Zwecke der Stärkung individueller statt ausschließlich hierarchischer Kommunikationswege – gefunden werden. Ansonsten könnte durch Weisungen der Handlungsspielraum der an geltendes Recht gebundenen Exekutive so eingeschränkt sein, dass unrechtmäßigem Handeln nicht mehr entgegengewirkt werden könnte. Die Exekutive könnte in dieselbe Lage geraten wie der ausgesperrte Pilot der Germanwings-Maschine, der den Flugzeugabsturz über Frankreich nicht mehr verhindern konnte, weil gerade die Sicherheitsmaßnahmen dies nicht zuließen.

Zudem habe ich über meine vier Kinder einen guten Einblick, was die **gymnasialen Unterrichtsinhalte** anbelangt. Vergleiche ich die Bildungsinhalte, die bis zu unserem Abitur 1979 bzw. bis zum Abitur meiner beiden älteren Kinder, Lars und Carolin, in 2008 durchgenommen wurden, mit den Anforderungen bei meinen jüngeren Kindern (Stefanie steht vor dem Abitur, Christian besucht die 9. Klasse), stelle ich fest, dass Literatur im regulären Deutschunterricht dramatisch an Bedeutung verliert. Christian hat tatsächlich bisher nur „Tschick“ und „Romeo und Julia“ im Deutschunterricht gelesen. Nun wird über sechs Wochen eine Bewerbungsmappe geschrieben. Weder Stefanie noch Christian haben auch nur eine Lektüre im Englischunterricht behandelt. Im Lateinunterricht werden jetzt Reiseberichte von Vespucci anstatt klassische Texte übersetzt. Weniger als die Lateinkenntnisse sind doch gerade die römisch/griechische Mythologie und geschichtliche Hintergründe zu vermitteln, an die sich die Kinder erinnern mögen. Übrigens erkenne ich hinsichtlich der Ausrichtung, sich vorrangig auf Fachkompetenz zu fokussieren, Parallelen zwischen dem Bildungssystem in der damaligen DDR und den jetzigen schulpolitischen Vorgaben von NRW. Den Bildungsauftrag nur noch aus dem Blickwinkel einer Berufsbefähigung zu betrachten, führt in die Irre! Frühe Spezialisierung anstatt einer allgemeinen Bildung beschädigt das Fundament unserer Demokratie nachhaltig. Mit einer Spezialisierung geht die Fähigkeit verloren, übergreifend zu denken, einzelne Aspekte zu einer Synthese zu fügen und gesamtpolitische Entwicklungen zu bewerten. Eben so wird ein idealer Boden für die Etablierung einer Diktatur bereitet.

Der **Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung** spricht sich für ein Absenken des Wahlalters auf 14 Jahre aus und hält die AfD für einen Weckruf für die parlamentarische Demokratie. Wenn das seine Antwort auf die Herausforderungen unserer Zeit ist, wird mir angesichts der wahrzunehmenden Tendenzen zu autoritären Parteien (und zwar sowohl bei der türkischstämmigen als auch der deutschen Bevölkerung) einfach nur schlecht. Als jeglicher Widerspruch ausblieb, habe ich einen Leserbrief verfasst, der am 9. März 2017 im Bonner Generalanzeiger veröffentlicht wurde.

Die Forderung nach mehr Geld allein führt bestimmt nicht zu einer verbesserten Bildung. Der Ansatz, über belehrende oder leicht eingängige Formate eine kritische Haltung – immerhin eine wesentliche Voraussetzung für den mündigen Bürger – hervorzurufen, ist mehr als zu hinterfragen. Anders als Sachinformationen scheinen vielmehr alle Arten von Literatur geeignet, eine direktere Wirkung auf Menschen zu erzielen, die Einsicht zu fördern und ein grundsätzliches sowie nachhaltiges Misstrauen gegenüber autoritären Strukturen zu säen. Wer „Dantons Tod“ von Büchner oder „Der Prozess“ von Franz Kafka gelesen hat, hat in seiner Vorstellung bereits eine Schreckensherrschaft bzw. eine

unmenschliche Administration durchlebt, der man als Einzelner ohnmächtig gegenübersteht – und mag insofern vor falschen Versprechungen gefeit sein.

Auch in vielen **Talkshows** (z.B. bei Anne Will) vermisste ich eine auf unsere Verfassung ausgerichtete, verantwortungsbewusste Moderation. Guter Journalismus zeichnet sich dadurch aus, professionelle Distanz zu wahren und nicht selbst zum Akteur zu werden. Gerne wiederhole ich an dieser Stelle das kürzlich im Bonner GA verwendete Zitat von Hanns Joachim Friedrichs: „Distanz halten, sich nicht gemein machen mit einer Sache, auch nicht mit einer guten.“ (General Anzeiger: „Meinungsfreiheit im Praxistest“ von Wolfgang Kaes, 18./19. März 2017.)

Anstatt Distanz zu wahren und auf Grundlage unseres Rechtsstaates zu moderieren, wurde in der Sendung (ARD, Anne Will am 12. März 2017) den vermeintlichen Opfern – vertreten durch den türkischstämmigen Minister Akif Çağatay Kılıç – eine Wahlkampf Bühne bereitet. Meinungsfreiheit bedeutet, dass auch solche Leute zu Wort kommen. Sie bedeutet jedoch nicht, dass widerspruchlos Statements hingenommen werden, wie man sie in dieser Sendung zu hören bekam. Verbote von Wahlkampfauftritten sind souveränes Recht – zuletzt nochmals bestätigt durch das Verfassungsgericht (Az.2 BvR483/17) – und keine Nazimethoden. Punkt. Das ist in einer verantwortungsbewussten Moderation mehr als deutlich klarzustellen!

Die Chance, die sich aus einer am Grundgesetz orientierten Diskussionsleitung gerade für die ModeratorInnen ergibt, wird nicht erkannt. Eine Moderation, die nicht auf Grundlage unseres Werte- und Rechtsverständnisses geführt wird, schwächt unsere Demokratie – die durchaus wehrhaft sein könnte – und verstärkt mit Blick auf die deutschen Zuschauer die Sympathien für rechtsextreme und autoritäre Parteien und mag in letzter Konsequenz sogar dazu beitragen, den Boden für ein autoritäres System zu bereiten.

Im Bonner General Anzeiger ist am 9. März 2017 ein Artikel mit dem Titel „**Können Christen die AfD wählen?** Deutschlands katholische Bischöfe diskutieren in Bensberg über den Umgang mit Populismus“ erschienen. In diesem Artikel wird der Essener Bischof Franz-Josef Overbeck zitiert: „Overbeck plädierte für eine sachliche und kritische Auseinandersetzung mit den Rechtspopulisten, einen ‚Diskurs strittigster Art‘. Ob Christen die AfD wählen können? Sie sollten sich bei ihrer Entscheidung daran orientieren, ob eine Partei die Menschenwürde achte oder dialogfähig sei, sagte er.“

Diese Aussage könnte von Unkritischen als Wahlkampfhilfe für die AfD interpretiert werden, spricht sich die AfD doch in ihrem Grundsatzprogramm vom 30.4./01.05.2016 gegen Abtreibung aus, für viele Christen eine zentrale Forderung. Auch bei Unterstützung dieser durchaus berechtigten Position sollte allerdings jedem die doch zweifelhafte Integrität bzw. Glaubwürdigkeit derjenigen, die das innerhalb der AfD vertreten, zu denken geben. Dass die AfD eine menschenverachtende Politik propagiert, ist offensichtlich. Allerdings könnte sie durch ihre geschickte Strategie, alle Bevölkerungsgruppen anzulocken und die wahren Absichten zu verschleiern, als eine Option gesehen werden. Ein weiteres Puzzleteil, das sich in das Bild des von mir gefürchteten Szenarios fügt.

Auch die **Regierung bzw. alle demokratischen Parteien** sehe ich in der Verantwortung: Aktuelle politische Ereignisse beherrschen nicht nur im Dienst, sondern auch im privaten Umfeld die Gespräche. Ich nehme überall wahr, dass die Menschen eine ohnmächtige Regierung – insbesondere mit Blick auf die Türkei – und damit verbunden den Verlust von Ansehen und Macht nicht mehr ertragen wollen und können. Um nicht noch einen größeren Teil der Wählerschaft zu radikalisieren, empfehle ich unbedingt die Befindlichkeiten der Menschen in Deutschland ernst zu nehmen und Strategien – weg von einer „Entweder-Oder-Politik“ – zu entwickeln, die mehr auf die Menschen in Deutschland ausgerichtet sind.

Füge ich diese Puzzleteile zusammen, ergeht es mir wie Heinrich Heine, der (allerdings in einem völlig anderen Kontext) geschrieben hat: „Denk ich an Deutschland in der Nacht, / Dann bin ich um den Schlaf gebracht“. Die Schlüsse, die ich aus dieser Analyse ziehe, habe ich in neun Thesen zusammengefasst.

Ich bin überzeugt davon, dass ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen fehlender Bildung und dem Liebäugeln mit autoritären Strukturen besteht. Die jetzige Schulpolitik führt zur Unmündigkeit der Kinder und bereitet den Weg in eine Diktatur. Das Recht unserer Kinder auf eine allgemeine Bildung wird ihnen verwehrt.

Um meine Idee „Renaissance der Aufklärung“ zu transportieren, stelle ich unter dem Link <http://www.unterricht-antipostfaktisch.de> eine Plattform mit Literaturhinweisen zum Thema „Stärkung des Demokratieverständnisses“ zur Verfügung. Vieles davon haben wir im Deutsch- und Musikunterricht kennengelernt.

Ich wünsche Dir viel Spaß beim Stöbern.

Viele Grüße
Claudia

Meine 9 Thesen zur Stärkung der Demokratie

1. **Die Resilienz der Verwaltung ist mit geeigneten noch zu entwickelnden Maßnahmen zu erhöhen**, um sich widerstandsfähiger für den Fall einer sich nicht an Grundgesetz und Recht haltenden Regierung zu machen. Idealerweise wären solche Regelungen für alle Verwaltungen zu beschließen.
2. Ausgaben für Bildung zu erhöhen ohne die Inhalte zu hinterfragen, ist nicht die richtige Antwort auf die Herausforderungen unserer Zeit. Den Bildungsauftrag nur noch aus dem Blickwinkel einer Berufsbefähigung zu betrachten, führt in die Irre! Frühe Spezialisierung anstatt einer **allgemeinen Bildung** beschädigt das Fundament unserer Demokratie nachhaltig. Mit einer Spezialisierung geht die Fähigkeit verloren, kritisch und übergreifend zu denken, einzelne Aspekte zu einer Synthese zu fügen und gesamtpolitische Entwicklungen zu bewerten. Gerade Bildung durch Einsatz von Literatur könnte der geeignete Schlüssel zur nachhaltigen Persönlichkeitsentwicklung sein und wäre darüber hinaus eine Option, die **ohne einen Cent Mehrausgaben** umgesetzt werden könnte.
3. **Zur Bildung und Persönlichkeitsentwicklung gehört auch die Begegnung mit Literatur, Musik und Kunst, wohlgemerkt im regulären Unterricht**, als eine Form geistiger Nahrung. Wo sonst als in der Schule könnte eben diese Begegnung stattfinden. Das durch die Politik verkündete Motto, kein Kind zurückzulassen, heißt auch, denjenigen Nahrung in Form von allgemeiner Bildung zu geben, die dafür empfänglich sind.
4. **Bildung durch den Einsatz von Literatur stärkt das Demokratieverständnis** im Allgemeinen und im Besonderen. Durch Literatur erweitert man den eigenen geistigen Horizont, gelangt man doch aus dem begrenzten persönlichen Bereich in andere Welten und lernt andere Sichtweisen und Charaktere kennen. Literatur lehrt ferner, durch Inhaltsangaben, Interpretationen und Charakterisierungen Texte zu strukturieren,

anhand von Informationen themenbezogene Schlüsse zu ziehen, eine eigene Bewertung zu begründen und dieser zu vertrauen. Und schafft insofern eine Grundlage für Kritikfähigkeit, die wesentlich für das Überleben einer Demokratie ist. Darüber hinaus wird über Charakterisierungen auch der für ein tolerantes Miteinander nötige Perspektivwechsel geschult.

5. **Bildung kann eine Antwort auf „Fake News“** sein, gibt sie doch einen Maßstab zur eigenen Orientierung, was gerade in den heutigen Zeiten der Informationsüberflutung umso wichtiger erscheint. So kann jeder aus Molières „Der eingebildet(e) Kranke“ lernen, dass dem eigenen gesunden Menschenverstand eher zu trauen ist als den dort dargestellten ungebildeten, autoritätshörigen, ja geradezu dummen Medizinern. Ein eigenes Urteilsvermögen hilft, aus der Flut von Informationen die wesentlichen herauszufiltern und sich nicht durch sog. „alternative Wahrheiten“ blenden zu lassen. Neben vielen anderen Aspekten mag man aus der „Türhüterlegende“ von Kafka die Bedeutung eines selbstbestimmten und auf Eigeninitiative ausgerichteten Lebens lernen. Auch als Teil eines Systems – einer Gesellschaft oder Bürokratie – trägt jeder eine individuelle Verantwortung und kann sich nicht mit den Worten „Die da oben sind an allem Schuld“ aus eben dieser entlassen.
6. **Literatur kann eine unmittelbarere Wirkung auf Menschen erzielen**, ganz im Gegensatz zu belehrenden Inhalten (hochintellektuelle oder leicht eingängige Formate). Wer die „Schachnovelle“ gelesen hat, hat in seiner Vorstellung die Einzelhaft des Protagonisten psychisch selbst miterlebt. Literatur kann zielgruppengerecht durch Fabeln wie „Die Wasserschlange“ von Aesop, das Gedicht „Die Reichsgeschichte der Tiere“ von Pfeffel, Stefan Zweigs „Schachnovelle“ oder anspruchsvollere Texte wie „Dantons Tod“ von Büchner oder „Der Prozess“ von Kafka zum Einsatz kommen.
7. **Literatur kann überall zum Einsatz kommen**; sowohl in allen Schulen und Ausbildungseinrichtungen, als auch in allen Fachhochschulen, Universitäten (auch an denen der Bundeswehr) sowie im Bereich der politischen Bildung. An den Fachhochschulen und Universitäten könnte in einem Studium generale ausgewählte Literatur zu gesellschaftspolitischen und demokratiestärkenden Themen behandelt werden. Den jungen Menschen würde neben Bildung ein Freiraum zum übergreifenden Denken im Sinne einer sokratischen Klugheit gewährt, ganz im Sinne des Philosophen: „Der Kluge lernt aus allem und von jedem, der Normale aus seinen Erfahrungen und der Dumme weiß alles besser.“
8. **Moderation sollte verantwortungsvoller mit Blick auf den Erhalt der Demokratie geführt werden**. Die Orientierung am Grundgesetz sowie am souveränen Recht des Staates sollte der Maßstab sein.
9. **Die Regierung sowie alle demokratischen Parteien sollten sich ihrer Verantwortung für die Meinungs- und Stimmungslage bewusst sein**. Extreme Positionen polarisieren und können zur Radikalisierung der Bevölkerung führen. Die „Entweder-Oder-Politik“ – etwa für ein Europa mit Flüchtlingen oder gegen ein Europa ohne Flüchtlinge – stellt eine besondere Gefahr für die Demokratie dar. Es müssen vernünftige Lösungen gefunden werden, die auch die Unversehrtheit unserer Kultur und Freiheit bewahren.